

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d



Inhalt

35. Jahrgang / 228

27. November 1980

Dieter Haack MdB, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, würdigt den Deutschen Städtetag zu dessen 75. jährigem Bestehen: Wichtige Impulse. Seite 1/2

Anke Brunn MdL, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion von NRW, stellt Überlegungen zur absoluten Mehrheit dort an: Gefahr überhöhter Erwartungen. Seite 3/4

Friedel Bertram MdL zu den Krawallen von Hannover: Die Regierung Albrecht kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Seite 5

Dokumentation
Willy Brandts Rede vor dem Weltfrontkämpferverband (Auszug) Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Wichtige Impulse

75 Jahre Deutscher Städtetag

Von Dr. Dieter Haack MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Am 27. November 1980 begeht der Deutsche Städtetag den 75. Jahrestag seiner Gründung. Entstanden aus den losen Städteverbindungen des 19. Jahrhunderts wurde mit seiner Gründung in Berlin erstmalig eine reichsweite Interessenvertretung der Städte geschaffen mit dem Ziel, der in den Stein'schen Reformen gewachsenen Idee der kommunalen Selbstverwaltung einen festen Platz im Staatsgefüge zu sichern. Nach einem Zwangszusammenschluß mit den übrigen kommunalen Spitzenverbänden im Jahre 1933 nahm der Deutsche Städtetag bereits 1945 seine Tätigkeit als selbständige Institution wieder auf. Als freiwilliger Zusammenschluß zählt er heute rund 530 Mitgliedstädte mit insgesamt über 31 Millionen Einwohnern.

Der Deutsche Städtetag hat sich folgende Hauptaufgaben gestellt

- Vertretung der Städte und ihrer Selbstverwaltung gegenüber Bund, Ländern und anderen Organisationen
- Beratung und Information seiner Mitgliedstädte
- Förderung des Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedstädten.

In den Jahrzehnten seines Bestehens hat sich der Verband mit ganzer Kraft bemüht, den Städten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ein Höchstmaß an Mitsprache zu sichern. Der Bund hat das Bedürfnis der kommunalen Ebene nach direkter Kommunikation respektiert und entsprechende Regelungen in den Geschäftsordnungen des Bundestages und der Bundesministerien vorgesehen.



Für den Bund war der Deutsche Städtetag in den vergangenen Jahren ein nicht immer bequemer, aber unverzichtbarer und wichtiger Gesprächspartner. Durch den ständigen Dialog auf der fachlichen Ebene sowie in Spitzengesprächen konnten die beiderseitigen Standpunkte sowohl bei gesetzgeberischen Maßnahmen als auch bei grundsätzlichen politischen Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Städte frühzeitig geklärt werden. Zugleich hat die Städtebaupolitik des Bundes wichtige Impulse erhalten.

In zahlreichen Appellen an die Öffentlichkeit, die nicht selten Anlaß zu heftigen Diskussionen waren, hat der Städtetag seinen Anliegen Gehör verschafft. Erinnerung sei nur an seinen leidenschaftlichen Aufruf "Rettet unsere Städte jetzt!" aus dem Jahre 1971. Seine regelmäßigen Veröffentlichungen sowie seine Veranstaltungen haben wesentlich zur Verbesserung der Information über die Situation unserer Städte beigetragen.

Wir wissen um die Vielfalt und Schwere der Probleme, denen sich die Städte, insbesondere in den Ballungsräumen heute gegenübergestellt sehen. Wir wissen aber auch, daß der Bund keine bundesweite Städtebaupolitik nach einem einheitlichen Leitbild betreiben kann, sondern mit differenzierten Maßnahmen auf die Vielfalt der Probleme reagiert werden muß. Dabei kommt den Städten bei der Minderung oder Lösung der anstehenden Probleme eine Schlüsselrolle zu. Die Aufgaben sind zahlreich. Nennen möchte ich die Stadterneuerung. Hier besteht Einigkeit darüber, daß sie als originäre Aufgabe der Städte anzusehen ist. Der kommunale Handlungsspielraum muß erweitert werden. Die Versorgung mit Wohnraum in den Ballungsgebieten kann ohne zusätzliche Anstrengungen der Städte nicht ausreichend sichergestellt werden. Hierbei geht es sowohl um den Wohnungsneubau als auch um die Nutzung des Bestandes.

Ein großer Teil der städtebau- und wohnungsbaupolitischen Probleme wird durch den Mangel an Bauland verursacht. Das Bodenproblem kann grundsätzlich nur "vor Ort", also in den Kommunen gelöst werden. Vergrößerung des Baulandangebots durch Neuausweisung, Mobilisierung vorhandenen Baulandes und flächensparender Umgang mit Boden scheinen mir hier die wichtigsten Stichworte. Der Bund will das boden- und planungsrechtliche Instrumentarium verbessern. Daneben müssen die Städte, wie bisher durch eigene Initiativen, etwa durch eine verantwortliche Bodenvorratspolitik, ihren Beitrag leisten.

Der Bund ist bereit, die Städte bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen. Die Verpflichtung zum eigenen Handeln kann er ihnen jedoch nicht abnehmen. Kommunale Selbstverwaltung beinhaltet nicht nur das Recht, übermäßige staatliche Eingriffe in den Handlungsspielraum der Gemeinden abzuwehren, sondern auch die Pflicht, die eingeräumten Handlungsmöglichkeiten eigenverantwortlich zu nutzen. Eine wichtige Aufgabe des Deutschen Städtetages für die Zukunft sehe ich darin, dieses Bewußtsein bei den Städten zu stärken und zu verankern. (-/27.11.1980/ks/ca)

+ + +



Gefahr überhöhter Erwartungen

Die SPD und die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen

Von Anke Brunn MdL

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen

Abgesehen vom Ferienloch und der Bundestagswahl ist innerhalb der nordrhein-westfälischen SPD die Auseinandersetzung mit der Situation der absoluten Mehrheit deshalb noch nicht abschließend erfolgt, weil befürchtet wurde, eine öffentliche Diskussion könne zur irrigen Annahme führen, als sei mit der absoluten Mehrheit durch schlichte Hochrechnung die absolute Mehrheit in Bonn verbunden.

Natürlich wächst auch das politische Gewicht der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten in Bonn als Gesprächspartner der Koalitionsregierung mit dem Gewicht ihrer Stimmen. Deshalb wird darüber gesprochen werden müssen, ob die Unterstützung, insbesondere die finanziellen Hilfen Bonns für das größte Bundesland und der Finanzausgleich mit den anderen Bundesländern nicht endlich in das richtige Verhältnis zu den Strukturproblemen dieser alten Industrieregion gebracht werden können. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen in Bonn hat gezeigt, daß das starke Gewicht der FDP auf der Bundesebene sogar zu weiteren finanziellen Benachteiligungen Nordrhein-Westfalens geführt hat. Dies macht eine verstärkte Interessenpolitik von Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene notwendig: notfalls auch in Konflikt zur Bundesregierung. Es darf nicht angehen, daß das gegenüber Bundeskanzler Helmut Schmidt politisch beständigste Land, dafür von Bonn in besonderem Maß benachteiligt wird.

Auch für die Partei nach innen muß das Thema "absolute Mehrheit" aufgearbeitet werden, denn in der neugewonnenen parlamentarischen Stärke liegen auch für die Partei selbst Gefahren. Dabei ist eine große Gefahr in überhöhten Erwartungen zu sehen:

- Überhöhte Erwartungen an die materiellen Möglichkeiten der Alleinregierung. Hier hat der für 1981 zur Diskussion stehende Sparhaushalt mit einer Steigerungsrate von vier Prozent bereits zu einem bitteren Erwachen geführt;
- Überhöhte Erwartungen an mögliche Gratifikationen im regionalen oder persönlichen Bereich, spitz unter das Stichwort "Filz" zu fassen;
- Überhöhte Erwartungen an die unmittelbare Durchsetzbarkeit von Reformpolitik, das Wechseln von parlamentarischen mit gesellschaftlichen Mehrheiten;

- schließlich die Gefahr auf Grund der Angst vor überhöhten Erwartungen aller Art am besten gar nichts zu tun.

Bereits jetzt ist klar, daß die beherrschenden landespolitischen Themen im kommenden Jahr die Konsolidisierung des Landeshaushaltes, die Verabschiedung des Gesamtschulgesetzes, die weitere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Verwendung der Energie sein werden.

Mehr Spielraum haben Sozialdemokraten in der Alleinregierung landespolitisch dort gewonnen, wie die FDP bisher sehr stark als Bremse gewirkt hat. Jetzt lassen sich insbesondere die folgenden Zielsetzungen konsequenter verfolgen:

- Spielraum für kommunale Finanzen und kommunale Selbstverwaltung. Hier hat Innenminister Herbert Schnoor bereits in der Frage der Gewerbesteuerhebesätze für mehr Spielraum gesorgt.
- Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, insbesondere Stärkung des Mietwohnungsbaus und Sicherung des Bestandes an Sozialwohnungen in den Ballungsgebieten. Hier sind durch die Gründung des neuen Ministeriums und die ersten Maßnahmen von Christoph Zöpel bereits Signale gesetzt.
- Mehr Gewicht für die Vollbeschäftigungspolitik. Ob dies angesichts einer Haushaltssteigerungsrate von vier Prozent verwirklicht werden kann, ist fraglich.
- Eine systematische Berufsbildungsreform anstelle von Gießkannensubventionen. Dies erfordert mittelfristig eine Umstellung der Förderungsprogramme im Ministerium von Reimut Jochimsen.
- Tatsächliche Liberalität in der Bereinigung der Spätfolgen des Radikalenerlasses. Bisher können die sogenannten Altfälle zum Teil als "bereinigt" angesehen werden.
- Konsequenz in der Schulreform. Bereits jetzt ist klar, daß zum kommenden Schuljahr neue Gesamtschulen errichtet werden können, da die alte Koalitionsabsprache mit der Begrenzung auf 30 Versuche nicht mehr gilt. Im kommenden Jahr soll das neue Gesetz verabschiedet werden, das die Errichtung der Gesamtschulen nicht mehr als Versuchsschule, sondern entsprechend der Elternnachfrage als reguläre weiterführende Schule vorsieht.
- Konsequenz in der Umweltpolitik. Hans-Otto Bäumer hat beim Östrogenskandal gezeigt, daß Sozialdemokraten frei von vordergründig ökonomischer Interessenpolitik die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung besonders wirksam vertreten können.

In diesem Zusammenhang kommt der Landtagsfraktion eine wichtige Aufgabe zu. Sie muß sowohl parlamentarische Stütze als auch parlamentarische Kontrolle der Regierung darstellen. Ohne die FDP muß die Kanalisierung von Entscheidungsprozessen nicht mehr zwischen SPD- und FDP-Fraktion erfolgen, sondern innerhalb der SPD-Fraktion. Auf diese Aufgabenstellung muß sich die Fraktion allerdings erst noch vorbereiten.

Dabei kommt es auch darauf an, daß die Partei von der Landesebene her, insbesondere auch von der Landtagsfraktion besser als früher mit Informationen, insbesondere über ausstehende Entscheidungen informiert sein. Nur so kann die Partei überhaupt in den Stand versetzt werden, die Vorgänge zu verfolgen, da Landespolitik zwischen Gemeinde- und Bundespolitik abgesehen von Skandalen in den Medien kaum vorkommt.

(~/27.11.1980/hj/ca)



Kleine als Sündenböck.

Die Regierung Albrecht kann sich nicht aus der Verantwortung stellen

Von Friedel Bertram MdL

Stellvertretender Vorsitzender der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion

Notwendig und folgerichtig ist die Entlassung des hannoverschen Polizeipräsidenten Wolfgang Kleine. Nach den schweren Fehlern bei den Krawallen in der hannoverschen Innenstadt anlässlich des Rekrutengelöbnisses war diese Entscheidung überfällig. Allerdings ist mit der Entlassung des unfähigen Parteibuch-Beamten die Angelegenheit für die SPD nicht erledigt. Entscheidend kommt es vielmehr im Interesse der Sicherheit der Bürger darauf an, daß sich ähnliche Vorfälle nicht wiederholen. Hier steht die CDU-Landesregierung Albrecht in der politischen Verantwortung.

Von seiner Verantwortung kann sich insbesondere CDU-Innenminister Möcklinghoff nicht allein durch das Abschieben eines nachgeordneten Beamten befreien, den seine Parteifreunde trotz dringender Warnungen der Opposition vom unbedeutenden Heide-Kreisdirektor ohne polizeitaktische Erfahrungen zum Polizeipräsidenten einer Großstadt heraufgeschönt haben. Das bisherige Vorgehen Möcklinghoffs hat deutlich gemacht, daß auch er schwierigen Situationen nicht gewachsen ist.

Möcklinghoff hat den gescheiterten Kleine trotz erkennbarer Fehler auch nach den Krawallen in Hannover weiter ins Kraut schießen lassen. Beiden haben damit eigenartige Vorstellungen von Recht und Gesetz an den Tag gelegt:

- Kleine regte bei der Staatsanwaltschaft eine Beschlagnahmeaktion bei der Neuen Hannoverschen Presse an, um mit Hilfe von Negativen der Bildberichterstatte eigene Fahndungsversäumnisse wettmachen zu können: Die Presse als Hilfsorgan der Polizei?
- Kleine konnte trotz vorangegangener Fehler auch noch ohne Kontrolle seines Innenministers einen offenen Brief schreiben, um seinen Kopf zu retten und um Verständnis für seine Schwierigkeiten bei dem mißlungenen Polizeieinsatz zu buhlen.

Auch personelle Konsequenzen in der polizeilichen Führung dürfen nicht die Tatsache überdecken, daß der niedersächsische Innenminister seiner Aufgabe nicht gerecht geworden ist und ihm bis heute die Einsicht zu fehlen scheint, seine Verantwortung für die innere Sicherheit des Landes und seiner Bürger zu sehen. Die groben Fehleinschätzungen bei der Planung und Durchführung des Polizeieinsatzes am 11. November können nicht allein die Polizeiführung angelastet werden. Es ist nicht damit getan, Kleine als Sündenböck zu opfern, um die großen Möcklinghoffs ungeschoren davonkommen zu lassen. Deshalb hat die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion für Anfang Dezember eine aktuelle Stunde anberaunt. Jetzt muß die Regierung Albrecht Farbe bekennen.

(-/27.11.1980/bgy/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Vor dem Internationalen Weltfrontkämpferverband sprach am Donnerstag in München der SPD-Vorsitzende Willy Brandt. Wir dokumentieren den Text auszugsweise:

"Neue Gefahren - Neue Herausforderungen"

Wenn wir nach Europas Stellung in der Welt fragen, so fragen wir nicht nach etwas Abstraktem. Sondern wir überlegen, wie sich Gewichte verschieben. Wie neue nicht nur Bal- lung- sondern auch Machtzentren entstehen. Und wie sehr der verbleibende oder neube- gründete Einfluß Europas abhängen wird von der Stärkung der Fähigkeit, mit den inneren Problemen unserer Gesellschaft fertig zu werden.

Europas Aufgabe ist, so meine ich, als Macht des Ausgleichs und des Friedens in der Welt zu wirken. Dafür muß es seine noch immer bestehende Zerrissenheit überwinden. Ein ein- ges Europa kann besser zur Aufrechterhaltung eines stabilen Gleichgewichts zwischen den Machtzentren dieser Welt beitragen und jenen mäßigenden Einfluß auf die von Krisen zer- rüttelten Regionen ausüben, der nötig sein wird, um den bedrohten Weltfrieden zu wahren.

Niemanden wird es verwundern, daß diese schwierige Zeit den historischen Versuch, die europäischen Nationen mit ihren alten eigenständigen Traditionen, in eine neue Einheit zu überführen, nicht gerade begünstigt. Ehrgeizige Projekte, die wir uns noch Anfang der Siebziger Jahre vorgenommen hatten, mußten verschoben werden. Stattdessen hat man sich darauf konzentriert, das Erreichte zu sichern und die eingespielten Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu nutzen, so gut es geht.

Was bedeutet es konkret, jetzt mit der europäischen Zusammenarbeit und Einigung voranzu- kommen? Das heißt zunächst, daß die Europäische Gemeinschaft sich selbst in die Lage ver- setzt, mit den ökonomischen und politischen Folgen der bevorstehenden Erweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal - ein Stück Nord/Süd im westlichen Europa! - fertig zu werden. Die Strukturen, die schon für die Sechser-Gemeinschaft kaum ausreichend waren, und die Neuner-Gemeinschaft nicht mehr verkrafteten, müssen für eine funktionierende Zwölfer-Gemeinschaft grundlegend reformiert werden.

Das betrifft schon die Funktionsweise der Organe, also das Zusammenspiel von Rat, Kommis- sion und Parlament. Das gilt ebenso für bestimmte Bereiche der Kooperation und Integra- tion, vor allem den Agrarmarkt, der dringend reformiert werden muß.

Man sollte es - trotz allem - weiter miteinander versuchen und die spezifischen Tradi- tionen der einzelnen Völker nicht als ein Hindernis in der Zusammenarbeit betrachten, sondern als eine im wesentlichen wertvolle Bereicherung zugunsten des Ganzen. Dies ist nicht die Zeit für europäischen Überschwang, aber auch nicht für eine sachlich nicht an- gemessene Resignation.

Meine These lautet: Wir brauchen Entspannung, um den Frieden zu sichern und um die Kraft zum Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu finden. Wir brauchen Rüs- tungsbegrenzung, um zu verhindern, daß die Welt sich buchstäblich zu Tode rüstet und um eines nicht zu fernem Tages freiwerdende Ressourcen für Zwecke der Entwicklung nutzen zu können.

Was also gilt es zu tun? Zunächst müssen die Führungen der beiden Weltmächte ihre über- ragende Verantwortung wahrnehmen. Sie müssen tun, was zu tun ist, um Mißtrauen abzubauen und jenes Vertrauen zu schaffen, ohne das es keine Berechenbarkeit gibt.

Sonst gibt es kein Ende des Wettrüstens. Ohne ein Ende des Wettrüstens hat die Entspan- nung keinen Bestand, und ohne Entspannung gibt es keine Sicherheit. Es geht, so wichtig dies im einzelnen ist, nicht um die Regelung technischer Fragen, es geht darum, den poli- tischen Willen zur Rüstungsbegrenzung aufzubringen. Trügerische Scheinargumente dürfen nicht länger hingenommen werden. Es ist an der Zeit, mit mehr als einer Legende Schluß zu machen: Militärausgaben - weltweit 500 Milliarden Dollar in diesem Jahr - fördern



nicht, sondern begrenzen das Wachstum von Volkswirtschaften. Rüstungsprogramme erschweren nicht, sondern erleichtern das Überleben ineffizienter Industrien. Die meisten Rüstungsprojekte fördern nicht, sondern behindern die Wissenschaften, weil sie die besten Forscher für destruktive Ziele binden. Hohe militärische Ausgaben tragen zum Raubbau an natürlichen Ressourcen bei, beschleunigen inflationäre Tendenzen und verschlimmern Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Auch gesicherte Arbeitsplätze lassen sich nicht durch Rüstungsindustrien erreichen.

Vor allem gilt: Das Wettüben macht die Welt nicht sicherer, sondern nur ärmer. Es müssen endlich die Konsequenzen gezogen werden. Sonst verliert die Politik den Wettlauf mit der Technik, was nichts anderes bedeutet, als daß die Menschen politisch nicht beherrschen könnten, wozu sie technisch in der Lage sind.

Der Beginn erster Vorgespräche über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenraketen deutet darauf hin, daß die Zeit des völligen Stillstandes vorbei zu sein scheint. Es ist wichtig, daß und wie es weitergeht bei den Verhandlungen über die strategischen, auch die euro-strategischen Waffen.

Es zeigt sich jedenfalls, wie richtig die europäischen Regierungen gehandelt haben, als sie in den ersten Monaten des Jahres Gespräche weiterführten und damit verhinderten, daß der Dialog zwischen den beiden Weltmächten ganz zum Erliegen kam.

Und es zeigt sich, wie richtig es war, die Vorbereitungen für das zweite Überprüfungs-treffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), das auf quälende Weise vor zwei Wochen in Madrid begonnen hat, aktiv weiterzuführen.

Ich gehöre nicht zu denen, die sich von der KSZE Wunderwirkungen erhofft haben. Die Folgen der europäischen Spaltung bleiben auch fünf Jahre nach Helsinki vielfach schmerzlich. Und in Deutschland haben wir erst vor ein paar Wochen erleben müssen, wie man Reiseerleichterungen einschränkte, statt sie im Interesse der Menschen auszudehnen. Aber es lohnt, weiter miteinander zu reden, weiter zu verhandeln über jeden, auch noch so kleinen Fortschritt. Denn dies nützt den Menschen, und es dient dem Frieden.

Europa ist schon lange nicht mehr der Nabel der Welt. Aber es bleibt entscheidend für andere mit, ob wir in Europa, und zwischen seinen Teilen, uns als fähig zum Frieden erweisen und damit ein Beispiel geben, wie unterschiedliche Interessen miteinander in Einklang gebracht werden können ohne das Risiko explosiver Konflikte.

Wir dürfen uns nicht einer lähmenden Alternative hingeben, die da lauten würde: Wenn Entspannung nicht überall, dann nirgends.... Für mich heißt die Konsequenz der Erfahrungen in Europa während der letzten zehn Jahre: Zwischen den Weltmächten und zwischen den Teilen Europas brauchen wir mehr und nicht weniger Entspannung, mehr und darüber hinaus.

Zu den Nord-Süd-Beziehungen halte ich mich vernünftigerweise an den Bericht, den die Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen unter meinem Vorsitz Anfang dieses Jahres veröffentlicht hat.

Der Bericht enthält detaillierte Vorschläge, was zu tun ist und was realistischereweise getan werden könnte. Viele der Empfehlungen werden erst nach einiger Zeit umgesetzt werden können. Über manche Anregung wird auch die Entwicklung hinweggehen, oder sie verliert durch neue Herausforderungen an Bedeutung.

Gleichwohl sollten vier zentrale Zielsetzungen in den nächsten fünf Jahren, also bis 1985, prioritär angestrebt werden:



Erstens ein verstärkter Ressourcen-Transfer - wenn irgend möglich genährt durch Einsparungen auf dem Feld der Rüstungen -, der auch der Belebung des Welthandels zugute käme;

zweitens eine gesicherte globale Energieversorgung;

drittens die Überwindung des Massenhungers;

viertens eine durchgreifende Reform jener internationalen Institutionen, die mit Entwicklungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen befaßt sind.

In einer Kommission, deren Mitglieder mehrheitlich aus Ländern der Dritten Welt kamen, habe ich erlebt, daß es zu vernünftigen Ergebnissen führen kann, die Frage nach der Gemeinsamkeit von Interessen zu stellen, ohne widerstreitende Interessen im übrigen wegzubaumeln zu wollen. Die letzte Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen hat leider keinen nennenswerten Fortschritt gebracht. Es war wie schon so oft: Maximale Erwartungen stießen auf weniger als ein Mindestmaß an Konzessionsbereitschaft.

Wenn sich die westlichen Industriestaaten endlich definitiv und konsequent aus den Belastungen der Vergangenheit lösen könnten, würde dies Auswirkungen auch für andere haben. Die Entwicklungsländer sagen ohnehin deutlicher als noch vor wenigen Jahren, was sie von den Industriestaaten des Ostens erwarten. (Dies gilt auch für die reicheren unter den ölproduzierenden Ländern.) Zumal die Sowjetunion und ihre Verbündeten Gefahr laufen könnten, mit ihren dauernden entschuldigenden Hinweisen auf eine nicht-koloniale Vergangenheit ihr Ansehen in der Dritten Welt zu verspielen.

Das nächste Jahr könnte mehrfach Gelegenheit bieten, auf dem Gebiet der Nord-Süd-Beziehungen einen Sprung nach vorn zu machen. Es ist dringend zu hoffen, daß die "global negotiations" die Anfang des Jahres in New York beginnen sollen, möglichst rasch nach einem vernünftigen Verfahren vonstatten gehen werden.

Auch auf dem Weltwirtschafts-Gipfel in Kanada im nächsten Jahr können die führenden Industrienationen den Beweis antreten dafür, daß sie mehr als bisher fähig sind, sich mit berechtigten Forderungen und verständlichen Erwartungen der Entwicklungsländer konstruktiv auseinanderzusetzen. Schon bis dahin wird es freilich einer Reihe internationaler Maßnahmen bedürfen, um den alarmierenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten vieler Entwicklungsländer zu begegnen.

Im nächsten Jahr wird vermutlich auch durch eine konsultative Spitzenbegegnung führender Staatsmänner aus Nord und Süd der Versuch unternommen, positiv auf die im Rahmen der UN geführten Verhandlungen einzuwirken. Die von Österreich und Mexiko gemeinsam ergriffene Initiative ist bereits in ein konkretes Stadium getreten. Es könnte wichtig sein, auf diese Weise - ohne den Ballast großer Konferenzen - herauszufinden, wo und wie man die rhetorische Konfrontation überwinden und wirkliche Lösungsvorschläge erzielen kann.

Dabei ist sicher, daß sich im Laufe der nächsten Jahre eine immer engere gedankliche Verbindung zwischen dem gleichermaßen alarmierenden Problem der Weltrüstung und des Welt Hungers einstellen wird. Beträchtliche Teile der Jugend fühlen sich moralisch herausgefordert oder jedenfalls existentiell bedroht. (-/27.11.1980/ks/ca/lo)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

